

Seite 3

EU-Flüchtlingspolitik -
eine humanitäre Schande

Seite 8 und 9

Dem Fahrrad den roten Teppich
ausrollen

Seite 14

Neues Regionales
Raumordnungsprogramm

GRÜNE SEITEN



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

Vielfalt bei der Polizei

Personal sensibilisieren und Vertrauen zurückgewinnen

Zuletzt machte die Bundespolizei in Hannover durch die rassistische Gewalt eines Beamten bundesweit auf sich aufmerksam. Diskriminierungsfreie Sicherheitsbehörden sind unserer Migrationsgesellschaft essenziell.

Weltoffene Migrationsgesellschaften brauchen moderne und diskriminierungsfreie Sicherheitsbehörden. In Niedersachsen konnten wir in der vergangenen Zeit schon viel auf diesem Feld bewegen: Die Grünen im Landtag haben mit der SPD eine Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger und Polizei eingerichtet und auch die so genannten Islamisten-Checklisten des Verfassungsschutzes konnten wir schnell abschaffen.

Hierbei soll es aber nicht bleiben. Die gravierenden Pannen bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden haben gezeigt, dass Diskriminierungen gegenüber Migrantinnen und Migranten in den deutschen Sicherheitsbehörden keine Einzelfälle darstellen. In Niedersachsen haben dies zuletzt die rassistischen Übergriffe und Misshandlungen gegenüber Flüchtlingen durch die Bundespolizei in Hannover traurig bestätigt. Wenn wir das Vertrauen von Migrantinnen und Migranten in den Rechtsstaat und seine Polizei nicht riskieren wollen, müssen wir jede Form von Diskriminierung entschieden beenden.

Ob bei „Racial Profiling“ oder „Moscheekontrollen“: Diskriminierungen erfolgen weder vereinzelt noch zufällig. Deswegen arbeiten wir Grüne im Landtag für bunte



Auch auf der Herschelwache in Hannover wurden Flüchtlinge diskriminiert und misshandelt.

Sicherheitsbehörden, die diskriminierungsfrei arbeiten. Hierfür bringen wir ein Konzept zur Stärkung interkultureller Kompetenz in den Sicherheitsbehörden voran. Wir wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter niedersächsischer Sicherheitsbehörden durch Fortbildungen für die Ursachen von Diskriminierungen sensibilisieren und stereotype Ermittlungen zügig beenden. Wir wollen aber auch aktiv das Vertrauen zugewanderter oder andersgläubiger Mitbürgerinnen und Mitbürger wiedergewinnen. Die Intensivierung

des Dialogs zwischen Sicherheitsbehörden und muslimischen Verbänden stellt hierbei einen guten ersten Schritt dar. Jetzt geht es darum, Niedersachsens Sicherheitsbehörden auch in allen anderen Bereichen für die Migrationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu modernisieren.

BELIT ONAY
Landtagsabgeordneter
belit.onay@
lt.niedersachsen.de



Inhalt

- 1 Vielfalt bei der Polizei
- 2 Editorial
- 3 EU-Flüchtlingspolitik – eine humanitäre Schande
- 4 Heute Flüchtlingsunterkunft, morgen Mietwohnung
- 4 Willkommen auf Deutsch!
- 5 Gelungener Start für die Kommunalwahl
- 6 Bäume brauchen unseren Schutz
- 6 Energiewende bei den Stadtwerken
- 7 Auftrieb für Windenergie
- 8 Dem Rad den roten Teppich ausrollen!
- 10 Die Region steigt auf's Rad um
- 10 Palästina: Perspektiven für die Zukunft
- 11 Wie viele Minuten hat eigentlich eine Stunde?
- 12 Bericht aus dem Bundestag
- 12 Bericht aus dem Landtag
- 13 Bericht aus der Region
- 13 Bericht aus dem Rathaus Hannover
- 14 Neues Regionales Raumordnungsprogramm
- 15 Ingrid, da hast Du uns aber kalt erwischt!
- 15 Impressum
- 16 Glosse: Richtig Essen

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Kommunalwahlen 2016 rücken näher und wir haben mit der Arbeit am Wahlprogramm begonnen (siehe Seite 5). Zunächst einmal haben wir jede Menge Ideen gesammelt; diese müssen noch gesiebt, geordnet und in die richtige Form gebracht werden. Bitte bringt euch, euer Wissen, eure Erfahrung, eure Meinung in den Fachgruppen ein, die sich in den nächsten Monaten zusammenfinden und den Grundstein für das Wahlprogramm der Grünen in der Region für die Jahre 2016 bis 2021 legen werden. Eure Mitarbeit hilft dabei, im politischen Wettbewerb bestehen zu können.

Das vielfältige Engagement unserer Mitglieder in den verschiedenen Themenbereichen, bei Aktionen und Arbeitsgruppen verschafft uns einen großen Vorteil in der politischen Arbeit. Grüne beteiligen sich mit kompetenten Beiträgen an der öffentlichen Diskussion, egal um welches Thema es geht. Wir freuen uns, dass die neu gegründete AG Gesundheit auf großes Interesse stößt. Auch die bestehenden Arbeitsgruppen Land und Tier sowie Fluglärm des Regionsverbands geben immer wieder Anstöße zu Aktionen sowie Anträgen und Anfragen in den verschiedenen Gremien. Die anstehende Neugründung der AG Frauen wird uns einen weiteren Schub geben.

Der Wahlkampf wird schnell an Fahrt gewinnen. Gerade in der Regionspolitik gibt es viele undankbare Themen, mit denen man scheinbar mehr verlieren als gewinnen kann, etwa wenn es um Klinikschließungen geht. Unsere Antwort darauf darf aber nicht sein, diese Themen auszusparen. Wir brauchen auf die Fragen der WählerInnen in allen Bereichen der Regionspolitik verständliche Antworten, schlüssige Konzepte und gute Argumente.

Vor uns liegen viele Monate mit harter Arbeit. Wenn das Wahlprogramm erst steht, wird der Wahlkampf beginnen. Wir werden in der Region um Grüne Politik ringen, Grüne Politik voranbringen und für Grüne Politik werben. Der Auftakt zur Zusammenstellung des Wahlprogramms war bereits vielversprechend, das Interesse unserer Mitglieder groß. Diesen Schwung wollen wir weitertragen bis zu den Wahlen.

Frauke Patzke
Vorsitzende
Regionsverband Hannover



Urs Mansmann
Vorsitzender
Regionsverband Hannover



EU-Flüchtlingspolitik – eine humanitäre Schande

Es geht um Schutz von Menschen, nicht von Grenzen

Viele Menschen suchen bei uns Schutz vor existenzieller Not. Legale Wege nach Europa gibt es kaum, das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden. Statt zu helfen, setzt die EU nun auf das Militär.

Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, politischer Verfolgung, der Klimakrise und Hunger. Die meisten von ihnen sind Vertriebene im eigenen Land oder flüchten in die direkten Nachbarstaaten. In der Türkei sind über eine Million Flüchtlinge aus Syrien registriert, in Jordanien sind es über 600.000 und im Libanon gar über 1,2 Millionen. 25 Prozent aller Menschen im Libanon sind derzeit Flüchtlinge. Auf Deutschland bezogen wären das 20 Millionen Menschen. In Anbetracht dieser Zahlen wird deutlich: Es macht sich nur ein sehr kleiner Bruchteil der Flüchtlinge auf den Weg nach Europa. Es ist unsere verdammte Pflicht als Menschen, sie in ihrer schwierigen Lage mit offenen Armen zu empfangen.



Die Besatzung der Fregatte Schleswig-Holstein rettet am 20. Juni 2015 74 Kilometer nordwestlich von Tripolis 471 Menschen (362 Männer, 88 Frauen und 21 Kinder) aus einem Holzboot und übergibt diese an das Marineschiff Bulwark.

Wir brauchen legale Fluchtwege ...

Doch genau das Gegenteil geschieht: Das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden. Viele Flüchtlinge versuchen mit der Hilfe von Schleppern, in völlig überfüllten und unsicheren Booten das Mittelmeer Richtung Europa zu überqueren. Über tausend Menschen sind allein in diesem Jahr bereits ums Leben gekommen. Niemand gibt sich und sein Leben freiwillig in die Hände dieser Schlepper. Aber den Menschen in Not bleibt keine andere Möglichkeit, denn legale Fluchtwege, zum Beispiel mit Fähren oder dem Flugzeug, gibt es nicht. Die EU und die nationalen Regierungen in Europa haben deshalb eine Mitverantwortung am Geschäft der Schlepper. Doch statt die Verantwortung für sichere Fluchtwege anzunehmen, wird der Grenzschutz mit militärischen Mitteln aufgepumpt. Es geht nicht mehr um Hilfe für Flüchtlinge, sondern ganz profan um Flüchtlingsabwehr. Für die Friedensnobelpreisträgerin EU ist das

ein echtes Armutszeugnis. Was wir brauchen, sind legale Fluchtwege und keine weitere Aufrüstung der EU-Außengrenzen oder Militäreinsätze gegen Flüchtlingsschiffe.

Neben Möglichkeiten, legal in die EU und nach Deutschland zu kommen, braucht es vor allem eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in Deutschland. Auch eine ordentliche gesundheitliche Versorgung müssen wir gewährleisten, der Zugang zu Bildungseinrichtungen für Kinder muss selbstverständlich sein, aber Flüchtlinge brauchen auch einen schnellen und unkomplizierten Zugang zum Arbeitsmarkt. Viele Kommunen, gerade in der Stadt und Region Hannover, leisten sehr viel, sind aber finanziell damit überfordert. Sie werden von der Bundesregierung bei dieser wichtigen Aufgabe im Stich gelassen.

.... und schnelle Hilfe für die Kommunen

Die Kommunen brauchen jetzt schnelle und unkomplizierte Hilfe. Die einfachste Möglichkeit wäre die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das vom Bundesverfassungsgericht längst als grundgesetzwidriges Sondergesetz verworfen wurde, und die Eingliederung in das Sozialgesetzbuch. Dies würde die Kommunen um einen Milliardenbetrag entlasten. Die Große Koalition hatte unseren Antrag dazu im Bundestag abgelehnt. Aber wir werden nicht locker lassen. Kein Mensch ist illegal!

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler@wk.bundestag.de



© Bundeswehr/Winkler

Heute Flüchtlingsunterkunft, morgen Mietwohnung

Warum das Modell der Kreissiedlungsgesellschaft (KSG) keine VerliererInnen kennt

Nachhaltigkeit: Das Wort wird viel verwendet, nicht selten inflationär, um dann allzu oft mangelhaft oder gar nicht umgesetzt zu werden. Beim KSG-Modell ist es erfrischend anders. Statt pro Jahr Hunderttausende von Euro für Wohncontainer auszugeben, wird massiv gebaut und Geld gespart.

Die Wohnungen werden zuerst den Bedürfnissen der Flüchtlinge angepasst. Kleine Wohngemeinschafts-Einheiten entstehen hier mit eigener Küche und Bad. Wird das Gebäude nicht mehr für Flüchtlinge benötigt, ist nur ein geringer Umbau notwendig, um die vielen Einzelzimmer in Zwei- bis Vierzimmerwohnungen umzuwandeln. Aus einer Flüchtlingsunterkunft wird sozialer Mietwohnraum.

Zur rechten Zeit

Für uns in Lehrte kommt das KSG-Modell zur rechten Zeit. Bis jetzt mussten wir noch keine Flüchtlinge in Wohncontainern unterbringen. Doch die Aufnahmequote steigt in einer Stadt, die kaum Wohnungsleerstand hat. Daher planen wir durch unsere 85-prozentige

kommunale Tochtergesellschaft, die Lehrter Wohnungsbau, den Spatenstich für einen Neubau, in dem 50 bis 70 Personen wohnen können nach den Bauplänen der KSG und mit Förderung der Region Hannover.

Preisexplosion

Da einige Hersteller von Wohncontainern aufgrund gesteigerter Nachfrage die Preise teilweise verdoppelt haben, lohnt sich der Neubau finanziell umso mehr. Die Mietkosten für die Unterbringung von 100 Personen in Wohncontainern würden sich momentan auf rund 50.000 Euro pro Monat belaufen. Nach fünf Jahren hat sich der Neubau amortisiert. Ein Blick in die Zeitung genügt, um zu wissen, dass der Flüchtlingsstrom in den nächs-

ten Jahren nicht abreißen wird. Daher wird in Lehrte bereits über einen zweiten Neubau nachgedacht.

Politikerinnen und Politiker neigen dazu, eigene Projekte und Entscheidungen so zu inszenieren, als hätten sie die Weltformel gefunden, ohne dass das Projekt einen großen Nutzen hat. Beim KSG-Modell ist es anders. Hier haben die KSG und die Region Hannover schnell, unkompliziert und ohne großes Tamtam ein Projekt auf die Beine gestellt, das den Menschen und den Kommunen wirklich hilft.

CHRISTIAN GAILUS
Vorsitzender OV Lehrte
gailus@gruene-lehrte.de



Willkommen auf Deutsch!

Diskussion und Kino im Apollo – mit der Bundesvorsitzenden Simone Peter zu Gast

Zum Abschluss der Tour „Zuflucht und Nachbarschaft“ haben wir Landtagsabgeordnete ins Apollo-Kino eingeladen, den Film „Willkommen auf Deutsch“ gezeigt und mit Simone Peter über Flüchtlingspolitik gesprochen.

Fühlen sich Geflüchtete in Deutschland willkommen? Welcher Grundlagen bedarf es für eine gute Aufnahme? Gegen welche Widerstände müssen die AkteurInnen auf kommunaler Ebene arbeiten? Diese und weitere Fragen veranschaulicht der Dokumentarfilm „Willkommen auf Deutsch!“, den wir am 28. April mit 140 Gästen im Apollo-Kino ansahen.

„Deutschland kann und muss mehr Flüchtlinge aufnehmen, auch um die humanitäre Lage in Ländern wie Italien und Griechenland zu verbessern“, forderte Simone Peter

eingangs. Zudem, so die Bundesvorsitzende, „bedarf es mehr sicherer Zugangswege und einer echten Seenotrettung in Europa“.

Die anschließende Diskussion, an der auch Pico Jordan, Sozialdezernent der Region Hannover, und zwei Vertreterinnen von kargah e.V. teilnahmen, verdeutlichte, dass die Kommunen dafür unbedingt finanziell und personell entlastet werden müssen.

Mit ganz ähnlichen Fragen zur Flüchtlingspolitik waren wir in den letzten Monaten in der Region Han-

nover unterwegs und haben gemeinsam mit grünen KommunalpolitikerInnen Flüchtlingsunterkünfte und Rathäuser besucht.

Von den Menschen aus der Region Hannover jedenfalls werden die Flüchtlinge währenddessen herzlich willkommen geheißen!

EURE LANDTAGSABGEORDNETEN
Maaret Westphely, Thomas Schremmer
Belit Onay und Regina Asendorf
landtag@regionsgruene.de

Gelungener Start für die Kommunalwahl

Die Region sammeln Ideen und Anregungen für das Wahlprogramm der Region

Der Regionsverband ist auf Kurs für die Kommunalwahl 2016. Im Freizeitheim Ricklingen hatten alle Mitglieder Gelegenheit, ihre Ideen und Vorstellungen für das Wahlprogramm der Region einzubringen.



© GRÜNE

An den Themen -Stationen herrschte reger Betrieb. Das offene Konzept ging auf.

Die Kommunalwahlen am 11. September 2016 rücken schnell näher. Es ist an der Zeit, das Wahlprogramm der Region anzugehen. Am zweiten Juniwochenende traf sich der Regionsverband im Freizeitheim Ricklingen, um dafür die ersten Ideen, Vorschläge und Anregungen zu sammeln. Trotz Sonnenscheins und sommerlicher Temperaturen war die Veranstaltung gut besucht.

Regionsvorsitzende Frauke Patzke begrüßte die Mitglieder und stimmte auf den Programmfindungsprozess ein. Anschließend hielt Britta Haßelmann eine kurze Ansprache. Britta ist parlamentarische Geschäftsführerin der grünen Bundestagsfraktion und Sprecherin für Kommunalpolitik. In ihrer Rede ging sie vor allem auf die Finanzlage der Kommunen ein, die viele Aufgaben schultern müssen und dafür nicht genügend Geld vom Bund erhalten. Ein weiteres Grußwort hielt Belit Onay, der in der Landtagsfraktion für Kommunalpolitik zuständig ist. Belit analysierte die Gründe für die alarmierend geringe Wahlbe-

teiligung und hatte Vorschläge, was wir dagegen tun können. Schließlich erläuterte Doris Klawunde, stellvertretende Regionspräsidentin, welche Aufgaben die Region Hannover erfüllt und was diese Region besonders macht.

Rege Beteiligung

Danach waren die Mitglieder an der Reihe. Für die Ideenfindung probierte der Regionsvorstand ein neues Konzept aus: An fünf Stationen konnte gefragt und diskutiert werden, Mitglieder des Vorstands und der Regionsfraktion standen Rede und Antwort. Ideen und Vorschläge wurden stichwortartig festgehalten. Niemand musste eine Gruppe wählen, sondern konnte jederzeit zu einer anderen Gruppe wechseln. Eine Station befasste sich mit dem Thema Umwelt und Natur, an weiteren Stationen konnten die Themen Gesundheit und Soziales, Verkehr und Mobilität sowie Wirtschaft und Finanzen diskutiert werden. Eine fünfte Station

sammelte Punkte, die keinem oder gleich mehreren der Themenfelder zuzuordnen waren.

Das klappte in der Praxis so, wie es vorher am grünen Tisch eronnen worden war: Die TeilnehmerInnen verteilten sich gleichmäßig auf die verschiedenen Stationen, die Pinnwände füllten sich zügig. Über eine Stunde Zeit für die Ideensammlung schien den meisten Teilnehmern richtig bemessen.

Schließlich gab es noch einen Programmpunkt außer der Reihe: Der Regionsvorstand möchte vor allem Frauen nachdrücklich ermutigen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Zwei Neueinsteigerinnen in die Kommunalpolitik sprachen mit Doris Klawunde über ihre Erfahrungen und Erwartungen. Am Ende waren sich die Gesprächsteilnehmerinnen einig, dass nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und politischer Arbeit im Fokus stehen sollte, sondern dass man auch junge Frauen vor Gründung einer Familie in die politische Arbeit stärker einbeziehen muss.

Die auf der Veranstaltung gesammelten Themen sollen nun in Fachgruppen erörtert werden. Die grünen Arbeitsgemeinschaften der Region werden ihr Wissen in diesen Fachgruppen einbringen. Die Ergebnisse der Fachgruppen fasst der Vorstand anschließend in einer Schreibgruppe zusammen. Anfang kommenden Jahres muss das Programm für die Kommunalwahl 2016 fertig sein.

FRAUKE PATZKE
Vorsitzende Regionsverband
frauke.patzke@gruene-hannover.de



Bäume brauchen unseren Schutz

Baumschutzsatzungen für den Erhalt von Bäumen sind umstritten

Nicht nur der Widerstand gegen die Atomkraft prägte die Grünen als Partei der nachhaltigen Inhalte. Auch das Waldsterben machten wir publik und forderten einen nachhaltigen Naturschutz. Zu dessen Instrumenten gehören die Baumschutzsatzungen der Städte und Gemeinden.

Der Versuch, durch Baumschutzsatzungen ein Problembewusstsein zu wecken und zumindest für den Erhalt ortsprägender oder alter Bäume zu sorgen, ist nicht unumstritten. Als Ratsmitglied „schlägt“ man sich mit diesen Satzungen herum. Für viele Menschen stellen Satzungen eine Einschränkung ihrer Entscheidungsmöglichkeiten dar. Und speziell die Baumschutzsatzungen sind umstritten, auch für manche Grüne. „Einen Baum, den man selbst gepflanzt hat, muss man doch auch selbst wieder absägen dürfen, wenn er im eigenen Garten für zu viel Schatten sorgt“, lautet die gängige Argumentation. Für die Leute sind Bäume mit Arbeit verbunden, weil Laub zu entsorgen ist oder Blüten und Nadeln Dreck machen. So sind in manchen Gärten einer ganzen Straße trotz großer Grundstücke keine alten Bäu-

me mehr zu finden. Wie sind die Menschen vom Wert der Bäume zu überzeugen? Ich weiß es nicht genau. Mancher Argumente muss man sich annehmen. Was kann man tun, wenn das Alter Laub harken an der Straße nicht mehr erlaubt? Hier besteht noch Lösungsbedarf.

Eine Veränderung des Bewusstseins könnte durch vorbildliches Handeln der öffentlichen Verwaltung gefördert werden. Etwa indem sie Bäume nachpflanzt, wenn sie gefällt werden müssen. Auch sollte die Verwaltung in ihrem Zuständigkeitsbereich nicht länger Baumfällungen auf Grundstücken hinnehmen, die der Region oder dem Bund gehören. Allein müssen wieder geschlossen werden. Bäume sollten als Gestaltungselemente genutzt werden und ihre Pflanzung schon bei der Planung, etwa von Plätzen

oder Neubaugebieten, berücksichtigt werden. Denn sie bieten Schutz vor Wind oder Schatten, sind Kohlendioxidspeicher, Wasserreservoir, Sauerstoffspeicher und Lebensraum zahlreicher Tierarten. Zu besonderen Anlässen könnte der Baum des Jahres gepflanzt werden. Alte Bäume können zu Denkmälern erklärt werden. Außerdem unterstützen entsprechende Satzungen und die Überprüfung ihrer Einhaltung den Naturschutz. Da die Feldmark häufig wie abgeräumt aussieht, müsste in den Satzungen der Schutz von Hecken und Sträuchern mit aufgenommen werden.

UTE LAMLA
Sprecherin
OV Neustadt a. Rbge
u.lamla@gmx.de



Energiewende bei den Stadtwerken

Richtung: Grüne Energiezukunft

Die Dezentralisierung unserer Energieversorgung müsste Stadtwerken in die Hände spielen. Dass die kommunalen Unternehmen profitieren, ist jedoch kein Selbstläufer. Bei einer Fachveranstaltung der hannoverschen Ratsfraktion am 20. März wurden Schritte in eine grüne Energiezukunft diskutiert. Ein Überblick von Pat Drenke.

Die deutschen Stadtwerke betreiben weniger als zehn Prozent aller erneuerbaren Anlagen. Gleichzeitig laufen viele Kohlekraftwerke in den roten Zahlen. Die Stadtwerke Hannover konnten in den vergangenen Jahren insbesondere über Contractingmodelle (beispielweise Blockheizkraftwerke, Fernwärme) neue Märkte erschließen. Dennoch ist eine Verschlechterung der Jahresergebnisse zu beobachten.

Der Ausstieg aus der Kohleenergie wird unweigerlich kommen – Investitionen in dieses Auslaufmodell sind Geldverschwendung. E.ON oder Pensionsfonds Norwegen zeigen, dass große Investoren bereits die

kommende Unwirtschaftlichkeit der Kohle erkennen und deshalb deinvestieren. Genau das müssen auch Stadtwerke tun. Solar- und Windtechnologien sind ein ertragreiches Geschäft. Nur, wenn Stadtwerke an diesen Zukunftsmärkten teilhaben, können sie bestehen.

Übergangstechnologie sind flexible Gaskraftwerke. In diesem Segment sind Stadtwerke bereits weiter, als die Politik. Während hocheffiziente KWK-Anlagen (KWK: Kraft-Wärme-Kopplung) gebaut werden, schafft es die Bundesregierung nicht, Wege für einen geregelten Kohleausstieg zu ebnen. Dies führt zu massiven Überkapazitäten und

drängt Gaskraftwerke aus dem Versorgungsportfolio.

Neben der klassischen Stromherstellung sollten Stadtwerke vermehrt auf neue Geschäftsmodelle setzen. In vielen Städten gibt es Beispiele: Energiemanagementsysteme für Unternehmen oder das E-Bike vom lokalen Fahrradhändler mit einem Rabatt für die Akkuladungen durch die Stadtwerke. Mit guten Ideen lässt sich Geld verdienen und das Klima schützen.

PAT DRENKE
Stv. Fraktionsvorsitzender der
Ratsfraktion Hannover
pat.drenke@hannover-rat.de



Auftrieb für Windenergie

Für eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung

Es gibt Gegenwind für Windanlagen, der nicht ignoriert werden kann. Aber keinesfalls darf die Energiewende ausgebremst werden. Notwendig sind verlässliche Rahmenbedingungen.

Bürgerinitiativen zur Energiewende

Mehr als 100 Bürgerinitiativen haben sich in Niedersachsen zu einem Verband gegen den weiteren Ausbau der Windenergie zusammengeschlossen. Andererseits gibt es im Land rund 130 Bürgerenergiegenossenschaften, die vor Ort erneuerbare Energie aus Wind, Sonne und Biomasse produzieren und damit einen Beitrag zur regionale Wertschöpfung leisten. Der größte Anteil der Investitionen in erneuerbare Energien stammt von Privatpersonen – in erheblichem Maße profitiert davon der ländliche Raum in Niedersachsen, aber auch die Region Hannover! Aktuell erleben viele Grüne vor Ort die Reibung dieser beiden Strömungen und kämpfen mit dem Gegenwind, den die Alternativen zu Atom und fossilen Energien aufwirbeln.

Atom und Kohle ausbremsen

Bei der leidenschaftlichen Debatte über den Atomausstieg nach Fukushima im Jahr 2011 waren wir uns sicher, dass der Atomausstieg bis 2017 seriös umgesetzt und gleichzeitig fossile Energieerzeugung ausgebremst werden kann. Da es 2013 zu keiner grünen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene kam, bleibt insbesondere der Kampf vor Ort und auf Länderebene, um einen Beitrag gegen die weltweiten Klimafolgen wie Dürre und die Zunahme extremer Wetterereignisse sowie die Einhaltung des Zwei-Grad-Zieles zu leisten.

Landespolitische Planungen

Niedersachsen hat mit 20 Gigawatt Leistung für Onshore-Windenergie bis 2050 das langfristige Windenergieziel in Deutschland. Das zentrale landespolitische Instrument zur Umsetzung ist der Windenergie-



© Brigitte Nieße

Windkraftanlagen gehören überall zum Landschaftsbild.

erlass, der nach ausführlichen Beteiligungsstufen diesen Sommer beschlossen werden soll. 1,4 Prozent der Landesfläche sollen für den Ausbau reichen, das wird möglich durch den Einsatz der jeweils technisch effizientesten Anlagen bei Neubau und Repowering. Zum Vergleich: aktuell finden acht Gigawatt auf ein Prozent der Landesfläche Platz. Eine gute Planung sieht anstelle vereinzelter Anlagen die Konzentration an geeigneten Stellen vor. Etwa 25 Prozent der niedersächsischen Anlagen stehen allerdings heute innerhalb der so genannten harten Tabuzone, die zu Siedlungen eingehalten werden sollten; diese Anlagen können nicht am selben Standort repowert werden. Vielmehr ist zu erwarten, dass sie in den nächsten 20 Jahren schrittweise stillgelegt werden. Der Erlass legt regionalspezifische Zielvorgaben dar, gibt aber den Kommunen bei der Zielumsetzung Planungsfreiheit.

Verlässliche Rahmenbedingungen

Aber nicht nur BürgerInnen, Stadtwerke (siehe. Artikel zu Stadt-

werken auf Seite 6) und andere Investoren brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Ein koordinierter Ausbau ist wesentlich, damit die berechtigten Bedürfnisse von AnwohnerInnen, Natur- und Artenschutz und des Landschaftsbildes berücksichtigt werden. Mit konstruktiver Beteiligung der Naturschutzverbände BUND und NABU wurde ergänzend ein Leitfaden zur Umsetzung des Artenschutzes erarbeitet, der allen Akteuren vor Ort bei den natur-schutzfachlichen Abwägungen vor Ort zur Seite steht.

Grüne gehen voran

Die Energiewende ist ein großartiges Projekt, das maßgeblich von grünen DenkerInnen und PraktikerInnen gestaltet worden ist und weiter vorangetrieben wird. Wir können die Welt zum Besseren verändern.

MAARET WESTPHELY
Landtagsabgeordnete
maaret.westphely@
lt.niedersachsen.de



Dem Rad den roten Teppich ausrollen!

Wer Radverkehr fördern will, muss das Rad nicht neu erfinden - Bericht von der BCH.

Die Bike Conference Hannover (BCH) des Grünen Stadtverbands hat neue Ideen zur Förderung des Radverkehrs diskutiert. Neben AkteurlInnen aus Hannover waren ExpertInnen aus ganz Europa zur Gast: So auch der Kopenhagener Mikael Colville-Andersen, Dänemarks inoffizieller Fahrradbotschafter.

Über den Tellerrand...

Weil die Förderung des Radverkehrs nicht nur Hannovers Klima gut tut, sondern auch nachhaltig dazu beiträgt, urbane Räume leb-

enswert zu gestalten, hat der grüne Stadtverband Hannover die BCH veranstaltet, um zu schauen, wie andere Städte das Rad erfolgreich fördern. Knapp hundert TeilnehmerInnen haben bei der Konferenz in Workshops die vorgestellten Praxisbeispiele diskutiert und daraus Maßnahmen für Hannover abgeleitet.

„Den Menschen als Maßstab nehmen und Stadtgestaltung so begreifen, dass sich Menschen in der Stadt wohlfühlen“, lautet Mikael Colville-Andersen Maxime zum Thema Stadtplanung. Colville-Andersen berät weltweit Verwaltungen und Politik zum Thema Stadtplanung unter Einbindung des Radverkehrs. Sein Eindruck von Hannover: „It's a weird city“ - trotz eines im internationalen Vergleich hohen Radverkehrsanteils würde das Fahrrad in Hannovers Straßenraum nur am Rande existieren und systematisch gegenüber dem Auto benachteiligt.

Colville-Andersens Kommentar zur unübersichtlichen und wenig



© Gruene

Mikael Colville-Andersens Abschlusssstatement zur Radverkehrssituation in Hannover auf der Konferenz gibt es online unter: <http://gruenlink.de/z18> zu sehen

intuitiven Fahrradinfrastruktur war ebenso deutlich: „It's like playing a video-game - nie sei er sich sicher gewesen, welche Verkehrsführung ihn an der nächsten Ecke erwartete. Dabei sei eine intuitive und großzügige Fahrradinfrastruktur der Schlüssel zur Steigerung des Radverkehrs – auch in Hannover.

Vorrang für den Radverkehr!

So war dann auch der Konsens in den Workshops zu Ende der Konferenz ganz deutlich: Dem Rad muss Priorität eingeräumt werden, wenn



© Gruene

Teilnehmer der Fahrradtour Bike & Culture - ganz rechts mit dabei: Refernet Detlef Rehbock (Soulstyle), der in Hannover die Velo City Nights organisiert

Ein ganz **herzliches Danke** den Mitgliedern des Orgateams zur BCH für ihr ausdauerndes und großes Engagement: **Evrin Camuz** (u.a. zuständig für Organisation der Kick-Off Veranstaltung), **Martin Nebendahl**, **Malte Sandner** und **Gisela Witte** (u.a. zuständig für Planung der Fahrradtouren), sowie **Mareike Rehl** (ehemal. Teammitglied und Ideengeberin zur BCH). Danke auch an alle Freiwilligen, die uns während der Konferenz unterstützt haben.

Der grüne Stadtverband

sich was ändern soll. Bekommt das Rad mehr Raum (etwa durch breitere Radwege oder vorrangige

eingefärbte Radspuren auf der Fahrbahn) und ein positives Image (etwa durch unabhängige Kampagnenarbeit), dann wechseln die Menschen von allein auf das schnellste, günstigste und dann auch bald attraktivste Verkehrsmittel der Stadt.

Mut zur Förderung!



© Gruene

Gisela Witte, Vorsitzende des Stadtverbands und Ralf Strobach von der BIU bei der Tour zum Thema Bike & Innovation

Verkehrsführung an Ampeln), mehr Aufmerksamkeit (etwa durch Zählanlagen), mehr Sichtbarkeit (z.B. durch

teil nachhaltig steigern wollen. Mit dem Leitbild Radverkehr hat unsere Ratsfraktion schon vor Jahren ein



© Jörg Rützen

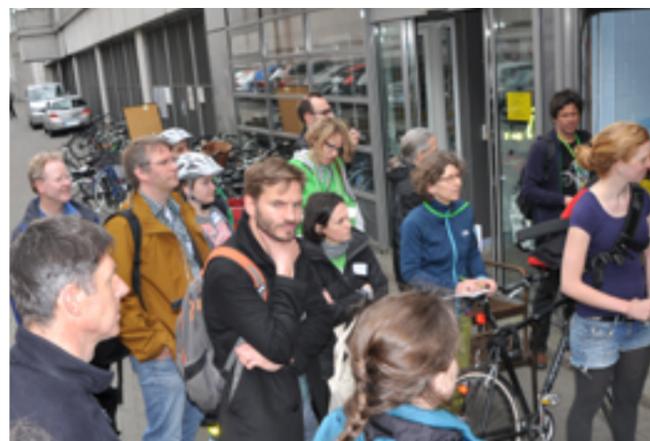
v. l. n. r.: Evrin Camuz und Mareike Rehl, Organisatorinnen der Kick-Off-Veranstaltung zur Konferenz (u. a. mit Mikael Colville-Andersen) sowie die Referentinnen Swantje Michaelsen (ADFC Hannover) und Julia Stock (vindberg Design)

Klar ist, dass das Rad nur ernsthaft gefördert werden kann, wenn Mut zur Umverteilung von Flächen und Finanzen vorhanden ist. „Der Druck muss in den nächsten Jahren deutlich erhöht werden, wenn wir den Radverkehrs-an-

teile gutem Gerüst beschloss. Daran müssen wir mit Hilfe der Beiträge aus der Konferenz anknüpfen“, so Gisela Witte, Vorsitzende des grünen Stadtverbands.

Die Maßnahmen und Forderungen, die auf der Konferenz gesammelt und diskutiert wurden, berät zurzeit die grüne AG Rad & Stadt, die sich an jedem 2. Mittwoch im Monat um 18:30 Uhr im Grünen Zentrum trifft. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MARTIN NEBENDAHL
Mitglied des BCH-Orgateams
martin.nebendahl@gruene-hannover.de



© Jörg Rützen

I. Bild: TeilnehmerInnen der Tour Bike & City besichtigen eine Radstation der STEP (Fahrradparkhaus am Hbf Hannover) r. Bild: Sven-Christian Kindler im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der grünen Bundestagsfraktion Anton Hofreiter



© Jörg Rützen

Die Region steigt auf's Rad um

Handlungskonzept Radverkehr

Im März 2015 hat der Verkehrsausschuss der Region das Handlungskonzept Radverkehr „umsteigen:aufsteigen“ beschlossen.



© Reinhold Gravelmann

Fahrrad, Verkehrsmittel der Zukunft

Konzeptentwicklung und -ziele

Was soll bis 2025 erreicht werden? Das Leitbild Radverkehr legt als langfristige Entwicklungslinie drei Ziele fest: „Radfahren in der Region ist sicher!“ (Vermeidung von Verkehrsunfällen durch gute Planung), „Radfahren in der Region ist schnell und komfortabel!“ (lückenloses Netz mit hohem Ausbaustandards) und „Radfahren in der Region schafft gutes Klima!“ (CO₂-Reduk-

tion durch optimierte Angebote bei Infrastruktur, Öffentlichkeitsarbeit und Service). Zur Zielerreichung sieht das Konzept zehn Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs in der Region vor. Begleitet wurde die Erstellung durch einen einjährigen Beteiligungsprozess zwischen Kommunen, Vereinen, Verbänden, der Polizei und der Region.

Grüne Prioritäten

Drei Maßnahmen sind für uns besonders entscheidend: Mehr Sicherheit für FahrradfahrerInnen durch die Verbesserung der Radwege, der Ausbau von Bike + Ride Anlagen und Verbesserungen bei der Mitnahme von Fahrrädern in S-Bahnen.

Ansatzpunkt: BerufspendlerInnen

Allein bei den 163.000 BerufspendlerInnen täglich innerhalb der Region Hannover sehen wir ein großes Potenzial, den Anteil des Radverkehrs zukünftig zu vergrößern, indem wir BerufspendlerInnen für

den Umstieg auf das Fahrrad und den öffentlichen Nahverkehr gewinnen. Die derzeit im Konzept vorgesehene Steigerung des Radverkehrsanteils in der Region von heute 12 Prozent auf 16 Prozent im Jahr 2020 kann dabei nur der Anfang sein.

Klimaschutz

Im Verkehrsbereich sind insbesondere im Umland seit 1990 keine nennenswerten CO₂-Einsparungen erreicht worden. Es wird also höchste Zeit, die Ziele des Klimaschutzes auch hier umzusetzen.

Gesamtkonzept

Das gesamte Konzept findet ihr unter: <http://gruenlink.de/z7g>

STEFAN WINTER
Regionsabgeordneter
stefan.winter@
regionsversammlung.de



Palästina: Perspektiven für die Zukunft

Vom 12. - 19. 4. 2015 besuchte eine Delegation der Regionsversammlung Untergaliläa in Israel. Die seit 1981 bestehende und inzwischen sehr intensive Partnerschaft hat Freundschaft und Offenheit zwischen den beiden so unterschiedlichen Regionen entstehen lassen. Beeindruckend war die Begegnung mit Anton Godman vom Abrahamfond. Die Hilfsorganisation setzt sich für ein gegenseitiges Verständnis von Juden und Muslimen ein.

Palästinenser mit arabischem Pass stellen in Untergaliläa die Mehrheit der Bevölkerung. Die Partnerregion spiegelt die Chancen und Heraus-



Das Al Midan Theatre aus Haifa

forderung des schwierigen Verhältnisses zwischen Juden und Palästinensern beispielhaft wider.

Der jüdische Dirigent Daniel Barboim betont immer wieder die

Bedeutung des Dialogs und des Zusammenwirkens zur Friedensbildung - gerade von Deutschland aus. Hierbei helfen die Partnerschaften und der aktive Kulturaustausch. Das Al Midan Theatre aus Haifa war Ende Juni zum dritten Mal zu Gast in der Theaterwerkstatt im Pavillon. Doch nun hat Israels Kulturministerin Miri Regev die Mittel für das beliebte und erfolgreiche Theater eingefroren.

SILVIA HESSE
Regionsabgeordnete
silvia.hesse@gmx.de



Wie viele Minuten hat eigentlich eine Stunde?

Das Mindestlohngesetz beinhaltet Dokumentationspflichten der ArbeitgeberInnen. Ein „Bürokratiemonster“, so die KritikerInnen. Tatsächlich dient die Arbeitszeiterfassung dem Schutz der ArbeitnehmerInnen.

Neoliberale Reflexe

Die Tinte auf dem Papier war kaum trocken, da bemüht die CDU landauf, landab die Glaskugel: „Bürokratiemonster, Firmenpleiten, eine Million mehr Arbeitslose“ – unweigerlich fühlt man sich an alte neoliberale Reflexe erinnert, wie sie die FDP im Bundestag vor ihrem Ausscheiden gepflegt hatte. Mit der Realität hat das allerdings nichts zu tun, wie man bereits nach wenigen Monaten erkennen kann. Die Wirtschaft boomt und mit ihr die Zahl der Erwerbstätigen – auch wenn man an manchen Zahlen Zweifel haben muss.

Schreckgespenster

Was ist also dran am „Monster Mindestlohn“? Die Arbeitszeit aufzuzeichnen ist wohl kaum eine neue Verpflichtung am Arbeitsmarkt, es gilt seit Jahrzehnten das Arbeitszeitgesetz und eine Monatsaufzeichnung findet Platz auf einer DIN-A4-Seite. Seriöse Betriebe und Unternehmer hatten und haben damit überhaupt kein Problem. Betroffen von dieser gar nicht neuen Pflicht zur Aufzeichnung sind überhaupt nur die Branchen aus § 2a des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, also unter anderem das Baugewerbe, Gaststätten, Gebäudereinigung und auch die viel kritisierte Fleischindustrie. Gerade letztere ist ja besonders in der Kritik aufgrund sklavenähnlicher Zustände bei den Arbeits- und Lohnbedingungen – also überhaupt kein Grund, hier eine Ausnahmeregelung zu schaffen.



© Kzenon/fotolia.com

Je härter der Job, desto härter der Knapf um den Mindestlohn

Schlupflöcher schließen

Kritisiert wird auch die Dokumentationspflicht bei Minijobs (450-Euro-Jobs). Diese Forderung zeigt, dass es der CDU weniger um Bürokratieabbau geht, sondern um neue Schlupflöcher. In keiner anderen Beschäftigungsform wurde so viel mit den Arbeitszeiten getrickelt wie bei den Minijobbern. Eine Ausnahme für diesen Bereich würde die Wirkung des Mindestlohns aushebeln – oder deutlicher gesagt: Die Kritiker wollen weiter Dumpinglöhne zulassen! Auch bei der Umsetzung und Dokumentation von Pausen und Bereitschaftszeiten gibt es keine neuen Regelungen durch das Mindestlohngesetz. Wer Schwierigkeiten bei dieser Regelung beklagt, der hatte die neutral formuliert vorher auch schon.

Mehr Gerechtigkeit herstellen

Was bleibt also von dem beschriebenen „Bürokratiemonster“? Auf jeden Fall die Erkenntnis, dass arbeitsmarktpolitische Gerechtigkeitsfragen nicht von der CDU gelöst werden und das ein solches „Mönschterchen“ in der kleinsten Glaskugel Platz hat. Ganz am Ende bleibt auch, dass 1360€ monatlich brutto als untere Lohngrenze für einen Vollzeitjob nun auch kein Ruhmesblatt für eine boomende Wirtschaft sind.

THOMAS SCHREMMER
Landtagsabgeordneter
thomas.schremmer@
lt.niedersachsen.de



FREIHEIT STATT ANGST!
DEMO 11. JULI, 13:00 UHR KRÖPCKE



BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Echte Zukunftsinvestitionen und Solidarität mit Streikenden

Großes Thema in den letzten Wochen im Bundestag war der Nachtragshaushalt der Großen Koalition. Die Haushaltsberatungen waren für uns der Startschuss für unseren Fraktionsschwerpunkt Zukunftsinvestitionen. Unter dem Titel „Heute für Morgen investieren“ haben wir einen eigenen Antrag mit einem grünen Investitionsplan eingebracht. Mit 45 Milliarden für echte Investitionen in die Zukunft zeigen wir, was möglich ist. Die Bundesregierung bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück. 10 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren sind deutlich zu wenig. Und sie gibt das Geld falsch aus: Die Regierung verschleudert Milliarden mit unsinnigem Straßeneubau, Öffentlich-Privaten Partnerschaften und Rüstungsdesastern, statt auf Aufbruch in Bildung und

Forschung zu setzen, öffentlichen Nahverkehr sowie schnelles Internet zu fördern und den Kampf gegen die Klimakrise aufzunehmen.

Streit um Tarifeinheit

Ebenfalls heiß diskutiert wurde das Gesetz zur Tarifeinheit. Klar, der Streik der Lokführergewerkschaft GDL ist anstrengend. Aber: Es ist ihr gutes Recht zu streiken! Denn die GDL streikt für ihr Grundrecht für ihre Mitglieder einen eigenen Tarifvertrag zu verhandeln. Mehrere Tarifverträge in einem Betrieb sind nicht ungewöhnlich, bei Lehrerinnen und Lehrern ist das bereits der Fall.

Sündenbock GDL

Die Verantwortung für den Streik allein bei der GDL abzuladen ist falsch. Denn es ist die Bundesregie-

rung, die mit ihrem sehr wahrscheinlich grundgesetzwidrigen Gesetz zur Tarifeinheit die GDL zu diesem Schritt veranlasst hat. Die Bundesregierung trägt außerdem als Eigentümerin der Bahn eine klare Mitverantwortung für die Verhandlungen. Wir Grüne haben daher gegen das grundgesetzwidrige Gesetz zur Tarifeinheit gestimmt. Wir sind auch solidarisch mit den Streikenden der Erziehungs- und Sozialberufe. Sie haben für ihre wichtige gesellschaftliche Arbeit endlich mehr verdient. Dafür muss der Bund durch eine gerechte Steuerpolitik die Kommunen finanziell entlasten.

EUER BUNDESTAGSABGEORDNETER SVEN-CHRISTIAN-KINDLER



BERICHT AUS DEM LANDTAG

Demokratisierung der Hochschulen

Mit der nun vorliegenden Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) stärkt unsere Ministerin Gabriele Heinen-Kljajic die Mitsprachemöglichkeiten von Studierenden, Gleichstellungsbeauftragten und Personalvertretungen. Gute Arbeitsbedingungen und längere Laufzeiten bei befristeten Verträgen sollen WissenschaftlerInnen mehr Sicherheit geben. Zusammen mit bereits vollzogenen Reformen (Studiengebühren) wird ein weiterer Teil des Koalitionsvertrags umgesetzt!

Schulgesetznovelle

Die Gesamtschule wird endlich zur gleichberechtigten Schulform. Damit können die bisherigen Hürden einer Neugründung abgebaut

werden. Ziel ist es, eine wirkliche Wahlmöglichkeit der Schulform herzustellen.

Die Inklusion wird durch die Konzentration der Ressourcen auf gemeinsame Beschulung weiterentwickelt. Die Förderschulen Sprache erhalten Bestandsschutz. Die Schullaufbahnempfehlung am Ende der Grundschulzeit, die zuletzt ohnehin nur noch von einem Teil der Elternschaft beachtet wurde, wird durch Elterngespräche ersetzt. Darüber hinaus wird die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren eine Reduzierung der Wochenstundenzahl mit sich bringen und so den SchülerInnen einigen Stress ersparen. Gleichzeitig soll die (unter schwarz-gelb deutlich gestiegene) Anzahl der Klausuren wieder abgesenkt werden. Damit können die Jugendlichen wieder etwas mehr Zeit für Vereine,

Verbände und Selbstentfaltung nutzen.

Kita-Streik und Aufwertung des ErzieherInnenberufes

Mehrere Wochen dauerten auch in Niedersachsen die unbefristeten Streiks in Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen der Sozial- und Erziehungsdienste – zu denen ver.di aufgerufen hatte. Wir grünen Landtagsabgeordneten unterstützen den Streik und fordern: Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten! Deshalb haben wir an diversen Aktionen von ver.di am Rande des Plenums und vor dem Rathaus teilgenommen.

EURE LANDTAGSABGEORDNETEN THOMAS, MAARET, BELIT & REGINA



BERICHT AUS DER REGION

Berufsschulkonzept beschlossen

Nach zwei Jahren intensiver politischer Diskussion hat die Regionsversammlung am 12. Mai 2015 die Fortschreibung des Berufsschulkonzeptes beschlossen. Ein neues Konzept für die Weiterentwicklung unserer Berufsschullandschaft war notwendig. Der Hintergrund: Die SchülerInnenzahlen nehmen regionsweit ab und wir wollen die energetische Sanierung der Schulgebäude vorantreiben.

Das Konzept stellt alle Beteiligten vor Herausforderungen und es gab schwierige Entscheidungen. Die Fahrzeugtechnik der BBS 6 wird nach Burgdorf verlegt, die BBS 3 (Schule für Bauberufe) wird abgerissen. Neuer Standort: das jetzige Gebäude der Hannah Arendt Schule, die wiederum zukünftig im Gebäude der BBS 6 eine neue Heimat

findet. Unsere Anträge haben sich besonders für den Erhalt der Berufseinstiegsschule (BES) der BBS 6 als organisatorische Einheit stark gemacht. Damit hatten wir Erfolg: Die SchülerInnen werden nun doch nicht auf drei Schulen verteilt, sondern die Schule bleibt als Einheit auf dem Schulcampus am Waterloo-Platz erhalten und bekommt einen Neubau.

Erfolgreiches Beteiligungskonzept

Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag rief auf Seiten der Schulen und LehrerInnenvertretungen große Unsicherheiten hervor. Um diese auszuräumen, hatten wir einen Beteiligungsprozess für die betroffenen Schulen gefordert, der schließlich zu dem jetzigen Ergebnis geführt hat. Schließlich konnten mit einem interfraktionellen Antrag der Grünen, der SPD, der CDU und der FDP die

Unsicherheiten ausgeräumt werden. Nun wird das neue Konzept durch eine breite politische Mehrheit getragen.

Einladung: Hearing zum neuen Abfallgebührensysteem

Am 14. Juli findet im Haus der Region um 16:00 ein ExpertInnen-Hearing zum Abfallgebührensysteem statt. Als Experten konnten wir als Grüne Regionsfraktion die Firma cyclos GmbH gewinnen. Wir freuen uns auf einen regen Informationsaustausch und eine lebhaft Diskussion. Mit der Auftaktveranstaltung am 27. Mai „Region im Dialog: Abfallentsorgung bürgernah“ hat die Region den Beteiligungsprozess zum neuen Abfallgebührensysteem gestartet.

EURE REGIONSFRAKTION



BERICHT AUS DEM RATHAUS

Bäderkonzept im April beschlossen

Mit dem Bäderkonzept liegt nun eine gute Grundlage für die Sanierung und Modernisierung der Bäder in Hannover vor. Wir haben dafür gesorgt, dass die Planungen für das Fössebad schnell beginnen. Die grundsätzliche Frage Sanierung oder Neubau muss dabei zuerst geklärt werden. Bei all den Maßnahmen ist es wichtig, die EinwohnerInnen bei der Entwicklung ihrer Bäder mitzunehmen. Dazu sind sie und die Stadtbezirksräte zeitnah über die Umsetzung des Bäderkonzepts zu informieren. Darüber hinaus sollen die FerienCard und der Hannover-Aktiv-Pass endlich in allen hannoverschen Bädern anerkannt werden.

Mehr Wohnraum durch die GBH

Das zu 90 Prozent städtische Woh-

nungsunternehmen GBH verstärkt seine Investitionen, um mehr Wohnraum zu schaffen. Von 2016 bis 2020 baut die GBH zusätzlich 300 Wohnungen pro Jahr. Das ist ein guter Baustein für dringend benötigten Wohnraum neben dem kommunalen Wohnraumförderprogramm, das wir initiiert und rot-grün zum Haushalt 2013 eingefordert hatten.

Der Bedarf an sozialem Wohnraum ist besonders groß. Wir wollen zum Beispiel, dass Flüchtlinge aus einem Flüchtlingswohnheim in eine Wohnung umziehen können, dass Obdachlose eine Chance auf eine selbstbestimmte Wohnung erhalten und dass von Gewalt betroffene Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht suchen mussten, anschließend eine Wohnung finden können. Um den Bau des zusätzlichen Wohnraums zu finanzieren, werden Rück-

lagen der GBH genutzt. Es handelt sich um Gewinnanteile für die Stadt aus der Zeit von 2007 bis 2019. Diese sollten an sich ab 2020 an die Stadt abgeführt werden. Aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes ist es sinnvoll, einen Teil dieser Rücklage aktuell bereits durch die GBH im Sinne der Stadt zu verwenden. Rund 15 Millionen Euro von diesen Rücklagen sollen der GBH für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, rund 22 Millionen Euro ab 2020 der Stadt für anderweitige Investitionen, etwa für Schulen und Kitas.

Grüne Ratsfraktion auf Facebook: <http://gruenlink.de/eag>

EURE RATSFRAKTION

Neues Regionales Raumordnungsprogramm

Klimaschutz, sparsamer Flächenverbrauch, demografischer Wandel

Die Weichen für die zukünftigen Entwicklungen legt die Region Hannover alle zehn Jahre mit einem Regionalem Raumordnungsprogramm (RROP) fest. Dabei müssen unterschiedliche und zum Teil im Konflikt stehende Nutzungsansprüche an den Raum, unter Berücksichtigung des demographischen Wandels und der formulierten Klimaschutzziele, miteinander in Einklang gebracht werden.

Der Entwurf eines klimaoptimierten RROP 2015 wird derzeit politisch diskutiert. Vorangegangen war ein intensiver Beteiligungsprozess zum Zukunftsbild der Region. Nach der Beschlussfassung im Ausschuss, die voraussichtlich Anfang Juli erfolgen wird, geht der Entwurf in das Beteiligungsverfahren.

Das RROP ist in vier große Bereiche gegliedert. Diese umfassen erstens die gesamtäumliche Entwicklung der Region Hannover, zweitens die Entwicklung der Siedlungs- und Versorgungsstruktur, drittens die Entwicklung der Freiraumstrukturen und -nutzungen und viertens die Entwicklung der technischen Infrastruktur und der raumstrukturellen Standortpotenziale. Alles in allem ein opulentes Werk, welches uns aber bis heute noch nicht im Ganzen vorliegt.

Grüne Positionen

Im Bereich der Siedlungs- und Versorgungsstruktur haben wir uns schon beim letzten RROP 2005 für

einen sparsamen Flächenverbrauch stark gemacht. Mit Blick auf den demographischen Wandel soll sich die Siedlungsentwicklung auch weiterhin dort konzentrieren, wo auch in Zukunft eine ausreichende infrastrukturelle Versorgung sichergestellt werden kann. Wir werden das stärker als bisher kontrollieren und nachsteuern. Wir setzen uns für einen kommunalen Wettbewerb ein, der eine erfolgreiche innovative Innenentwicklung prämiert.

Für die Vergrößerung des Anteils an regenerativer Energie, sieht der Entwurf 31 Vorranggebiete für Windenergienutzung vor. Das sind 1,4 Prozent der Regionsfläche, wie wir es in der Koalition vereinbart haben. Dabei werden Landschaftsschutzgebiete und Waldflächen generell ausgeschlossen. Mit einer gutachterlichen Konfliktstudie berücksichtigt der Entwurf auch den Artenschutz. Von den Siedlungen halten die Flächen einen Mindestabstand von 800 Meter ein. Zur Förderung von Bürgerwindanlagen, stellen wir in der Region nun auch Fördermittel zur Gründung von Energiegenossenschaften bereit.

Im Weiteren werden Planaussagen zu Vorrangstandorten für Gewerbe und Arbeitsstätten, für Verkehrsverbindungen sowie Vorrangflächen für den Freiraum gemacht. In zwei



Im RROP steckt eine Menge Arbeit

regionalen Plattformen haben wir diese Themen diskutiert. Ein Umweltbericht bewertet die Planaussagen und benennt die Vermeidungs- und Verminderungspotentiale.

Weitere Informationen findet ihr unter <http://gruenlink.de/z1d>

BRIGITTE NIESSE
Regionsabgeordnete
niesse@plan-zwei.com



Ingrid, da hast Du uns aber kalt erwischt!

Ingrid Wagemann scheidet aus dem hannoverschen Rat aus

Viele hat es überrascht: Ingrid Wagemann, langjähriges Ratsmitglied, verzichtet auf ihr Mandat. Bereits am 16. Juli scheidet sie aus dem Rat aus.

Ingrid hat seit 2001 unserer Ratsfraktion angehört und war über die 14 Jahre eine unserer Schlüsselfiguren. In der gesamten Zeit, über nun fast drei Ratsperioden, hat sie sich in unserem Fraktionsvorstand engagiert, ihre Meinungen und Ideen eingebracht, dafür geworben, gestritten und gekämpft. Da fällt es schwer, daran zu denken, wie es ohne sie sein wird.

Fast schon legendär waren die zehn Jahre von 2001 bis 2011: Vor dem großen Wahlergebnis 2011 bestand der Fraktionsvorstand aus drei Personen, besser gesagt Persönlichkeiten: Ingrid, Lothar und Michael. Bevor mit dem Super-Wahlergebnis 2011 und einer deutlich größeren Ratsfraktion auch der Fraktionsvorstand auf fünf Personen erweitert worden war, waren Lothar, Michael und Ingrid die Säulen der Fraktion.

Nichts ist beständiger als der Wandel und alles geht weiter. Doch Ingrid hinterlässt eine Lücke, besonders im



Ingrid Wagemann war 15 Jahre lang grüne Ratsfrau und spielte eine zentrale Rolle

Bereich Kinder und Jugend. Über die langen Jahre war sie unsere jugendpolitische Sprecherin. Nach profilierter und engagierter Arbeit hinterlässt sie große Fußspuren, fachlich, strategisch und vom Arbeitspensum her, denn sie hat in etlichen Gremien mitgewirkt.

Ihr aktuelles Ratsmandat hatte Ingrid bei der Kommunalwahl 2011 im Wahlbereich List erzielt, und zwar per Direktwahl mit sage und schreibe 1027 Stimmen! Mehr grüne Stimmen hatte nur Lothar mit 1072. Ihr nachfolgen wird Klaus Geschwinder, Mitglied der grünen Bezirksratsfraktion Vahrenwald-List und Verkehrsplaner in der Regionsverwaltung.

GÜNTER WULFERT
Geschäftsführer Ratsfraktion
Gunter.Wulfert@Hannover-Rat.de



MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Gerne schicken wir Euch ein neues SEPA-Mandat zu. Einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) anfordern!

Bei Fragen meldet Euch in der Geschäftsstelle.

IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Frauke Patzke, Urs Mansmann, Jan Haude, Rahel Missal, Sven-Christian Kindler, Carolin Kolbe, Silvia Hesse, Stefan Winter, Brigitte Nieße, Aline Braun, Ronald Schütz, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Regina Asendorf, Martin Nebendahl, Ute Lamla, Günter Wulfert, Pat Drenske, Elke Wohlfarth, Christian Gaillus.

Redaktionsteam: Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Reinhold Gravelmann, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Layout: Elke Wohlfarth

Druck: Lister Copy- und Büro-Service GmbH Pelikanstraße 13 A, 30177 Hannover. Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 03/15 erscheint voraussichtlich im November 2015.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel. 0511/300 88 66
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
IBAN: DE42 2512 0510 0008 4187 00
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSW DE33 HAN



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

Richtig essen



© GRÜNE

Selbst beim Gemüse muss man genau hinschauen.

Seit ich mich bei Facebook rumtreibe, schmeckt mir mein Essen nicht mehr so recht. Allzu oft tauchen in meiner Timeline Bilder aus der Massentierhaltung auf, dann wieder geht es ums Kürzen von Schnäbeln oder Schwänzen. Mein Klick auf „Gefällt mir“ heißt da übrigens nicht, dass mir das gefällt, sondern dass ich die Information für wichtig halte und meine Freunde bei Facebook darauf aufmerksam machen will.

Mein Appetit auf Fleisch ist nun deutlich reduziert, wofür ich bestimmt ein „Gefällt mir“ von meinem Hausarzt bekommen würde, wenn er auf Facebook mitlesen würde. Deswegen habe ich mich auf Käse verlegt. Nun muss ich mich entscheiden, ob ich die hässlichen Geschichten über Milchkühe und ihre Kälber, die eine Parteifreundin kürzlich geteilt hat, ernst nehme und auch auf Milchprodukte verzichte.

Kürzlich habe ich eine vegetarische Wurst oder besser ein Wurstimat entdeckt, das richtig lecker schmeckt. Bis meine bessere Hälfte mich auf die Zutatenliste aufmerksam machte: 71 Prozent Eiklar. „Die stammen bestimmt nicht aus Öko-Haltung“ bemerkte sie so trocken wie zutreffend. Da brauche ich bei Facebook nicht nachzufragen.

Ein ganz neues Problemfeld eröffnete dann ein Parteifreund aus meiner badischen Heimat. Ich hatte auf Facebook ganz harmlos gefragt, ob jemand einen BahnCard-Gutschein aus dem Deckel einer Nuss-Nugat-Creme erübrigen könne und erhielt eine Zusage. „Bei uns kommt Kakao aus Kinderarbeit nicht auf den Tisch“, kommentierte der grüne Kollege den Vorgang trocken. Und als ich ein bisschen recherchierte, stellte ich fest, dass er nicht nur damit Recht hatte, sondern dass obendrein auch Haselnüsse mit Kinderarbeit geerntet werden. Nachhaltige Haselnüsse habe ich noch nicht gesehen. Tschüss, Nuss-Nugat-Creme.

Nun überlege ich, was ich noch so alles mit gedankenlosen Kaufentscheidungen unterstütze. Mit jedem neuen Facebook-Post über Lebensmittel vergeht mein Appetit noch ein bisschen mehr. Aber ich wollte diesen Sommer ja sowieso noch ein paar Kilo abspecken.

URS MANSMANN
Vorsitzender RV Hannover
urs.mansmann@
gruene-hannover.de



TERMINE

- | | |
|--|----------------------|
| Mo, 06.07.2015 | 18:00 - 20:00 |
| AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG | |
| Mo, 06.07.2015 | 18:00 - 19:30 |
| AG Soziales, Senior Blumenberg Gang 1, OG | |
| Di, 07.07.2015 | 18:15 - 20:15 |
| AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | |
| Mi, 08.07.2015 | 19:00 - 22:00 |
| Citizenfour & Digitale Bürgerrechte in Zeiten von NSA, BND & Co. Film- und Diskussionsabend im Raschplatz-Kino Hannover mit den grünen Bundestagsabgeordneten Konstantin von Notz und Sven-Christian Kindler. Eintritt frei! | |
| Mi, 08.07.2015 | 18:30 - 20:30 |
| AG Rad und Stadt, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG | |
| Fr, 10.07.2015 | 19:30 - 22:00 |
| Filmvorführung: „Leben mit der Energiewende 3 - selber machen“, Rathaus Isernhagen, Bothfelder Str. 29, 30916 Isernhagen | |
| Sa, 11.07.2015 | 13:00 - 16:00 |
| Freiheit statt Angst! Demo für Datenschutz und digitale Bürgerrechte in Hannover am Kröpcke. Sei dabei! | |
| Di, 14.07.2015 | 18:30 - 20:30 |
| AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, UG | |
| Mi, 15.07.2015 | 18:00 - 20:00 |
| AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG | |
| Mi, 15.07.2015 | 14:00 - 18:30 |
| Wie geht eigentlich gute BürgerInnenbeteiligung? Fachtagung der Stiftung Leben und Umwelt im Pavillon Hannover | |
| Do, 16.07.2015 | 18:00 - 20:00 |
| AG Gesundheit, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, UG | |
| Di, 21.07.2015 | 18:00 - 20:00 |
| AG Kinder und Jugend, Kinder- und Jugendpolitik bis 2021 / Ausklang mit Ingrid | |
| Mi, 02.09.2015 | 18:00 - 20:00 |
| AG Frauen (HH 2015), Senior-Blumenberg-Gang 1, OG | |
| Do, 09.10.2015 | 18:00 - 20:00 |
| AG Gesundheit, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, UG | |
| Di, 15.09.2015 | 18:00 - 20:00 |
| AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG | |
| Di, 15.09.2015 | 19:00 - 22:00 |
| Mitgliederversammlung Regionsverband im Freizeithaus Vahrenwald, kleiner Saal, Vahrenwalder Str. 92 | |
| Di, 22.09.2015 | 18:15 - 20:00 |
| Kinder und Jugend AG | |
| Mi, 23.09.2015 | 17:00 - 19:00 |
| AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG | |